

Pressemitteilung zur Sondersitzung des Kreistags zum Thema Stromtrassen

In der Pressemitteilung des Landrates könnte man den Eindruck gewinnen, er initiiere eine Sondersitzung des Kreistages zum Thema „Stromtrassen“. Tatsächlich hat er sich bisher gegen eine solche Sitzung des Kreistags gewehrt. Als ich in der Kreistagssitzung am 6. Juli 2018 den Dringlichkeitsantrag zur Einberufung einer Sondersitzung zusammen mit den drei Bürgerinitiativen im Landkreis gestellt habe, hat sich Döhler hinter der Geschäftsordnung des Kreistages verschanzt und gefordert, dass mindestens 20 Kreistagsmitglieder dies beantragen müssten. Bereits hier hätte er das Heft in die Hand nehmen können und freiwillig eine Sondersitzung einberufen können. Zusammen mit der Fraktionsvorsitzenden der Grünen, Brigitte Artmann habe ich daraufhin den Antrag auf eine Sondersitzung organisiert. 37 der 60 Kreisräte, quer durch alle Fraktionen haben sich dem Antrag für eine Sondersitzung des Kreistags zusammen mit den Bürgerinitiativen und dem Fachanwalt Baumann angeschlossen. Der Antrag wurde dem Landrat am 22.09.2018 per E-Mail zugestellt. Eine Antwort habe ich darauf nicht erhalten. Am 26.09.2018 ging eine Einladung des Vorzimmers bei den Fraktionsvorsitzenden ein, in dem zu einer Besprechung am 08.10.2018 geladen wurde um das Thema Sondersitzung zu erörtern.

Tatsache ist, dass der Landrat von den Kreistagsmitgliedern gezwungen werden musste, eine Sondersitzung zum Thema „Stromtrassen“ einzuberufen. In seiner Pressemitteilung verschweigt er das.

Bereits im März 2017 wurde der Landrat mit einer Stimme Mehrheit vom Kreistag beauftragt, sich gegen eine HGÜ-Trasse durch den Landkreis Wunsiedel zu wehren. Weder er noch unser Landtagsabgeordneter Schöffel haben diesem Antrag damals zugestimmt.

Seitdem hat der Kreistag keine Fakten erfahren, wie sich der Landrat gegen eine HGÜ-Trasse quer durch den Landkreis wehrt, sieht man von dem kläglichen Versuch ab, die HGÜ-Trasse an den Rand der Autobahnen zu dirigieren. Das war jedoch nur der Presse zu entnehmen. Der Kreistag hat auch den zu beauftragenden Fachanwalt bisher nicht zu Gesicht bekommen, geschweige denn eine Vertragsgestaltung mit ihm.

Glaubhaft ist, dass die Mitarbeiter im Landratsamt gut informiert seien. Von einer „akribischen“ Strategie, die ja angeblich im stillen Kämmerlein entstanden sein soll, hat der Kreistag bisher nichts erfahren.

Es bleibt zu befürchten, dass Döhler noch Informationen sammelt und analysiert, wenn die Trassen im Landkreis längst Realität sind.

Er hat den gemeinsamen Protest einfach verschlafen, sofern man ihm nicht unterstellen will, dass es ihm gleichgültig ist, ob die Trassen in der drohenden Form durch unseren Landkreis gebaut werden.

Dreist ist es, denen die sich wehren, nämlich den Bürgerinitiativen Populismus zu unterstellen und ihnen vorzuwerfen, über das Ziel hinaus zu schießen.

Wir Freien Wähler haben uns an der Seite der Bürgerinitiativen gegen den Trassenwahnsinn gestellt. Deshalb muss uns der Landrat nicht vorwerfen, wir täten uns

leicht, weil wir im Bundestag nicht beschließen mussten. So kann man jegliches Engagement abkanzeln.

Den Widerstand der Bauern im Landkreis, die längst erkannt haben, was hier passieren soll erwähnt Döhler in seiner Pressemitteilung gar nicht, weil ihm der Protest von dort besonders unangenehm ist.

Wir müssen den Menschen im Landkreis klar machen, dass nicht nur eine für die Versorgung überflüssige HGÜ-Trasse sondern zusätzlich der Neubau eines überdimensionierten Ostbayernrings droht. Dagegen müssen wir uns wehren – parteiübergreifend und im Idealfall mit den führenden Mandatsträgern an der Spitze. Das funktioniert in anderen Landkreisen entlang der Planungskorridore, bisher aber nicht im Landkreis Wunsiedel.

Selb, den 03.10.2018

gez.

Dr. Klaus von Stetten

**Kreisvorsitzender des Kreisverbandes Freie Wähler im Landkreis Wunsiedel
Fraktionsvorsitzender der Fraktion Freie Wähler im Kreistag Wunsiedel.**

Anlagen:

Antrag der Kreistagsmitglieder für eine Sondersitzung zum Thema Stromtrassen im Landkreis Wunsiedel.

Liste der Kreistagsmitglieder, die sich dem Antrag für eine Sondersitzung angeschlossen haben.